



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/186 - 12.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Der Protestantismus und die CDU	S. 1
Zu den Streiks in Frankreich	S. 3
EVG zwischen Leben und Tod	S. 5
Der Schwur des Bundeskanzlers	S. 7

Wider die Monopolchristen

C.G. Je mehr das Vertrauen breiter evangelischer Wählerschichten zur Politik der jetzigen Bundesregierung, die auf eine Preisgabe Mitteldeutschlands, des Mutterlandes der Reformation hinausläuft, schwindet, umso mehr bemühen sich prominente protestantische CDU-Politiker, allen voran Bundestagspräsident Dr. Ehlers, ihre Partei als die "christliche Partei" schlechthin zu deklarieren und jeden maßgebenden Protestanten, der es wagt, eine andere Meinung zu haben, als parteipolitisch befangen zu diffamieren. Abgesehen davon, daß die Firmierung einer einzigen Partei als "christlich" sich mit protestantischem Verständnis von Welt und Geschichte nicht im geringsten vereinbaren läßt, zeugt eine derartige Haltung von einer für Politiker, die sich christlich nennen, erstaunlichen Mißachtung des Gebotes "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten".

Nachdem der Kieler Propst Asmussen einen Aufruf erlassen hatte, dessen Quintessenz nichts anderes als eine einseitige Wahlbeeinflussung zugunsten der CDU darstellt, hat nunmehr Dr. Ehlers den hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller beschuldigt, er habe mit seinem Wahlauf Ruf die parteipolitische Neutralität der Kirche endgültig durchbrochen, und das bedeute eine starke Belastung für den Willen der hinter der Bundesregierung stehenden Evangelischen, die Kirche aus dem politischen Meinungsstreit

herauszuhalten. Der Präses der westfälischen Landeskirche, Dr. W i l m , hat Dr. Ehlers daraufhin in einem Offenen Brief die Antwort erteilt, die ihm gebührt. Es geht dabei nicht darum, ob man allen Formulierungen des Niemöllerschen Aufrufes zustimmen kann oder nicht, es handelt sich vielmehr dabei um die ausgesprochene Doppelzüngigkeit protestantischer CDU-Politiker, die zwar für sich das Recht in Anspruch nehmen - auch als Amtsträger einer Landeskirche wie Dr. Ehlers - kräftig für Dr. Adenauer die Trommel zu rühren, die aber jeden Kritiker an der Politik der Bundesregierung - sofern er aus dem Raum der evangelischen Kirche kommt - mit dem Hinweis auf die angebliche Gefährdung der parteipolitischen Neutralität der evangelischen Kirche den Mund verbieten möchten.

Mit Recht stellt demgegenüber Präses Wilm fest:

"Es darf doch keinesfalls der Eindruck entstehen, daß man nur dann die parteipolitische Neutralität der Kirche durchbricht, wenn man etwas gegen die CDU oder die mit ihr in der Koalition verbündeten Parteien sagt".

Und an Dr. Ehlers gewandt fährt er fort:

"Sie können doch nicht meinen, daß die politische Verantwortung und das Aussprechen politischer Anliegen einem Mann der Kirche nur insoweit zusteht, als er an einer Politik der CDU bzw. der Bundesregierung (das kann man leider nicht mehr auseinander halten!) keine Kritik übt.... Wer dem politischen Gegner um der Kirche willen den Mund verbietet, setzt die Kirche gefangen".

Die dringende Bitte, die Präses Wilm am Schlusse seines Briefes an Dr. Ehlers richtet, er möge mithelfen, daß gerade in den kommenden Wochen die Freiheit evangelischer Christenmenschen von uns allen hoch geachtet werde, ist nur allzu berechtigt. Denn die Ausführungen Dr. Ehlers' stellen nichts anderes dar als einen Anschlag auf diese Freiheit. Daß sie aus dem Munde eines Mannes kamen, der an führender Stelle in einer Partei steht, die für sich das Monopolrecht auf das Christentum beansprucht, bestätigt wieder einmal, wie sehr diese Partei den christlichen Namen zur Tarnung ihrer höchst unchristlichen Taten mißbraucht,

Frankreich vor einer Staatskrise

-ler. Eine Streikwelle, die mit befristeten Arbeitsniederlegungen der Postangestellten aus Protest gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung Laniel begann, weitete sich beinahe über Nacht zu der größten sozialen und politischen Erschütterung aus, die Frankreich seit vielen Jahren erlebte. Nichts zeichnet deutlicher den Grad der tiefgehenden sozialen Unzufriedenheit als die Tatsache, daß es die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften waren, die zum Streik aufriefen. Kommunistische Streikaufrufe blieben in der vergangenen Zeit mehr oder weniger ohne Echo; dahinter standen meistens politische Absichten, sie hatten mit der Sorge um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft herzlich wenig zu tun.

Der Konflikt wurde zwar durch die ersten Reformmaßnahmen des Kabinetts Laniel ausgelöst, seine tieferen Ursachen liegen jedoch in dem Unvermögen der herrschenden Schichten Frankreichs, den sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Die französischen Staatsfinanzen leiden an dauerndem Geldmangel. Die Regierungen behielten sich in der Vergangenheit damit, daß sie ein Loch zu stopften und dafür ein anderes aufrißen. Das zähe Kleben der verschiedensten Interessengruppen an Privilegien und die Rücksichtnahme der bürgerlichen Regierungen auf diese Interessengruppen verhinderte bisher den so notwendigen und für einen gesunden Staat unabdingbaren sozialen Ausgleich. Die wirtschaftliche Erholung Frankreichs nach dem Kriege kam den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zugute. Das französische Steuersystem zählt zu den korruptesten in Europa; die wohlhabenden Mittelschichten bis zu den berühmten 200 Familien, die auch nach dem zweiten Weltkrieg Frankreich im Grunde regieren, zahlen fast überhaupt keine Steuern.

Der Betrug am Staate gilt geradezu als eine Art Ehrenpflicht, obwohl gerade diese Schichten sich leidenschaftlich für eine Politik einsetzen, die Frankreichs Kraft und Vermögen überbeansprucht. Aus diesen Kreisen kommt der erbitterte Widerstand gegen alle Versuche, den unglückseligen Krieg in Indochina durch Verhandlungen zu beenden - jenes nun sieben Jahre dauernden Krieges, der Frank-

reichs Finanzen erschöpft und jährlich einen Jahrgang seiner Offiziersschulen kostet. Frankreich erhielt neben Großbritannien den Löwenanteil an der Marshallhilfe; gewiß profitierte auch die Wirtschaft davon, aber der Krieg in Indochina verschlang weit mehr Milliarden als von den USA hereinströmten. Der junge Mendes-France, einer der begabtesten und klarstehenden Politiker Frankreichs, schoitierte in der Nationalversammlung, als er in seiner berühmt gewordenen Investiturrede mit schonungsloser Offenheit die wahre Situation Frankreichs darlegte und die Aufgabe Indochinas forderte. Das haben die reaktionären Abgeordneten als Verrat an der Mission Frankreichs gefunden, obwohl diese Mission seine Kräfte verzehrt.

Das Dilemma Frankreichs ist unlösbar, solange seine führenden Schichten nicht den Mut zur Umkehr von einer reaktionären, nur auf die Erhaltung von überalteten Besitzpositionen bedachter Politik finden und Auswege immer nur in der Richtung des verschärften sozialen Druckes nach unten suchen. Das Ergebnis einer solchen Politik führte zur Entfremdung der Arbeiterschaft von Staat und Volk und machte die Kommunisten zur stärksten Partei in Frankreich. Das Kabinett Laniel tat das, was die Weisheit seiner Vorgänger war: Sein Sanierungsprogramm richtet sich in erster Linie gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den verstaatlichten Betrieben, wohl als Vorstufe für einen Anschlag gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung gedacht. Der Widerstand, den Laniel fand, dürfte ihn und das französische Bürgertum, das ihn stützt, überzeugen, daß dieser Weg wohl nicht der geeignete ist, Frankreich aus seinen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen.

Frankreich ist, wenn es nach Adenauer und Eisenhower ginge, die Führungsrolle in dem geplanten Kleineuropa zugeordnet. Der kleineuropäische Gedanke findet in unserem Nachbarland auch deshalb seine Befürworter, weil er den herrschenden Schichten ein Weg zu sein scheint, der inneren sozialen Neugestaltung auszuweichen. Die Flucht nach Kleineuropa kann jedoch nicht die Wunden heilen, an denen das innere soziale Gefüge leidet. Das Ausmaß der Streikbewegung macht nur allzu deutlich, daß Frankreich vor einer langen Periode innerer Schwierigkeiten steht, die sich mit den bisher üblichen Ausweichmethoden nicht mehr beheben lassen.

EVG zwischen Leben und Tod

Von Fritz Erlcr, MdB

Am 14. Juli widmete der aus Steuermitteln bezahlte Wahl-Informationsdienst der Koalitionsparteien, den merkwürdigerweise das Bundespressamt herausgibt, eine ganze Seite einem Artikel des "Neuen Vorwärts" vom 10. Juli, der den Zusammenbruch der Außenpolitik des Bundeskanzlers darstellte. Die Sonderseite enthielt eine Reihe von Zitaten aus der Zeit vom 20.6. bis 10.7., um zu beweisen, daß der EVG-Vertrag nach wie vor die Unterstützung der großen weltpolitischen Kräfte habe. Darin fanden sich Auszüge aus Erklärungen des amerikanischen Präsidenten, von dem es ohnehin bekannt ist, daß er in diesem Wahlkampf alles tut, um Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Siege zu verhelfen - wir können also nicht erwarten, daß er Erklärungen abgibt, die den Zusammenbruch der Adenauerschen Politik erhärten würden. Es wurden weiter der französische Außenminister Floren und der Staatspräsident Vincent Auriol zitiert - beide haben nicht von der EVG, sondern von Europa gesprochen. Das ist immerhin ein erheblicher Unterschied. Die Sozialdemokratie wehrt sich gerade gegen die unzulässige Gleichsetzung der unter amerikanischen Kommando gestellten Armee von sechs westeuropäischen Staaten mit dem Begriff Europa. Europa muß mehr und muß anders sein.

Inzwischen liegen neuere Stimmen vor.² Am meisten Beachtung fand wohl der Aufsatz des militärischen Mitarbeiters der "New York Times", des sehr nüchternen Hanson Baldwin, vom 2. August, worin er schreibt, "die Sterbeglocken der Europäischen Armee sind die Niederlage der Regierung de Gasperi in Italien, die Grundtendenz der französischen Politik, die sowjetische 'Friedensoffensive' und die Ereignisse in der Sowjetzone". Er kommt zu dem Ergebnis, das Projekt der Europaarmee sei tot. In der gleichen Weise äußerte sich mit der Überschrift "Der EVG-Vertrag ist tot" die holländische Zeitung "Vrij Nederland" vom 1.8.53. Sie maß dem Beschluß der 2. Kammer keinerlei Bedeutung zu, da man nicht wisse, ob der Vertrag je seine Behandlung in der 1. Kammer erleben werde. Die Debatte in der 2. Kammer habe etwas Unwirkliches gehabt. De Gasperi ist in sehr geschwächter Position zwar zurückgekehrt, aber die politische Situation in Italien spricht klar gegen die Wahrscheinlichkeit einer Annahme der Verträge durch das Parlament.

Der Bundeskanzler war schlecht beraten, als er den Eindruck zu erwecken suchte, für das Zustandekommen der EVG brauche er vor allem Eisenhower. Das haben ihm besonders die Franzosen übelgenommen. In der Zeitung "Le Monde" setzte sich Maurice Duverger am 1. August mit dem Brief Eisenhowers an den Bundeskanzler auseinander und trat der Auffassung entgegen, daß ein Beitritt Deutschlands zur EVG und die gleichzeitige friedliche Wiedervereinigung Deutschlands miteinander vereinbar seien. Deutschland könne nur vereinigt werden entweder friedlich unter Verzicht auf seine Zugehörigkeit zur EVG oder durch Gewalt. Damit hat er eine Binsenwahrheit ausgesprochen, welche die Koalitionsparteien einfach nicht wahrhaben wollen. Am 5. August kam die Meldung, die Kommission für nationale Verteidigung der französischen Nationalversammlung habe beschlossen, der EVG-Vortrag sei unter den jetzigen Bedingungen nicht annehmbar. Deshalb würde sie im Früherbst Vorschläge für einen neuen Vortragsentwurf vorlegen. Damit ist die sozialdemokratische Forderung nach neuen Verhandlungen aufgegriffen. Da schon vorher der Außenpolitische Ausschuß des französischen Parlamentes die Vertagung der Beratungen auf unbestimmte Zeit, mindestens bis nach einer Viererkonferenz über die deutsche Wiedervereinigung, empfohlen hat, steht das Nein Frankreichs zur EVG wohl fest. Auch Herr Bidault hat nichts Gegenteiliges verlauten lassen.

In Großbritannien zieht Churchill sichtbar der Verhärtung der Fronten durch die EVG das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz zur Erarbeitung eines vernünftigen Status eines vereinten Deutschland vor. Die Außenpolitik der Labour-Party hat sich gleichfalls weitgehend von den Verträgen gelöst und nicht nur die EVG zugunsten einer Verständigung über die deutsche Wiedervereinigung aufgegeben, sondern auch den Versuch getadelt, die deutsche Souveränität in der Zukunft beschränken zu wollen. Der frühere Dominion-Minister Gordon Walker brachte das auf folgende Formel: "Wir können nicht dem Löwen Leben und Freiheit geben und zugleich sein Fell verteilen wollen". Eine schärfere Absage an Notstandsklausel, Entfechtungsgesetz usw. ist nicht denkbar.

+ + +

Der Schwur auf dem Plakat

(sp) Auch in Bonn hat die CDU Plakate mit Adenauers "Schwur" - durch eine zur Eidesleistung erhobene Hand bildhaft gemacht - beklebt. Der Schwur besagt, er, Adenauer, werde nicht eher ruhen und rasten, bis Deutschlands Einheit wiederhergestellt sei.

Der Schwur ist die ernsteste, heiligste Form der Versicherung, entweder, daß etwas so und nicht anders gewesen sei oder der in die Zukunft gewandten Selbstverpflichtung. Zu dieser Gruppe gehört Adenauers Schwur. Leider steht er im Gegensatz zu den Verträgen, mit denen Adenauer durch seine Unterschrift für 50 Jahre die Handlungsfreiheit der Besatzungsmächte in allen Fragen Berlins und der deutschen Wiedervereinigung anerkannt und freiwillig gelobt hat, nichts zu unternehmen, was diese Handlungsfreiheit auch nur "beeinträchtigen" könnte. So kann man es im Text des Generalvertrages nachlesen.

Kann ein Christ vor Gott beides, daß er nicht ruhen und rasten werde, bevor er mit dem von ihm durch höhere Gewalt getrennten Familienangehörigen wieder zusammenlebt, wenn er sich vorher verpflichtet hat, selber dafür nichts zu tun? Eins kann nur die Wahrheit sein: Entweder der Schwur auf dem Plakat oder der unterschriebene Generalvertrag. Die deutsche Einheit ist eine zu ernste Sache, als daß dem Bundeskanzler, und sei es auch im Wahlkampf, zugestanden werden könnte, seine Politik in dieser Frage anders darzustellen, als er sie mit seiner Unterschrift unter die Verträge oder durch seine Stimmabgabe im Bundestag am 1. Juli dokumentiert hat.

Es ist eine schlechte, um nicht zu sagen unsaubere Sache, den Begriff des Schwures, der dem Menschen heilig ist, der nicht in die Atmosphäre des Wahlkampfes und schon gar nicht auf ein politisches Plakat gehört, zu profanieren, nur um eine unglaubwürdig gewordene Politik im Ansehen der Menschen zu retten. Es ist die gleiche Haltung, die mit dem Wort 'christlich' politische Geschäfte machen will oder auch mit dem Wort 'Gott'. Welche penetrante Anmaßung und pharisäerhafte Hofart liegt z.B. auch in dem Satz des Kanzlers, den er jetzt auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg gesprochen hat: "Gott wird siegen, er bedient sich unserer als seiner Werkzeuge". Die Regierung Adenauer-Erhard als Verkörperung des Staates Gottes auf dieser Welt - das war es, was zur Vervollständigung des Bildes fehlte.

Verantwortlich: Peter Raunau